

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

Thema: **Stärkung der Sozialen Dimension der Europäischen Union für mehr soziale Gerechtigkeit, Abbau von Arbeitslosigkeit, Beseitigung von Armut und Desintegration – gleichzeitig ein Beitrag zur Aufhebung von Migrationsursachen**

Der Landtag möge beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht,

I.

sich auf Bundes- und EU-Ebene für eine Weiterentwicklung der Sozialen Dimension der Europäischen Union einzusetzen und insbesondere

1. eine stärkere Zusammenarbeit mit SozialpartnerInnen auf EU- und nationaler bzw. regionaler Ebene und die gleichwertige Beteiligung von sozial- und wirtschaftspolitischen AkteurInnen besonders im Rahmen des Europäischen Semesters zu unterstützen,
2. darauf zu drängen, dass die Beteiligung von SozialpartnerInnen und PartnerInnen der Zivilgesellschaft, die zwingend am sozialen Dialog um Wachstum und Beschäftigung insbesondere vor dem Hintergrund fortgesetzter krisenhafter sozialer Entwicklungen in den letzten Jahren in der EU beteiligt werden müssen, gewährleistet wird,
3. eine Koordinierung nationaler SozialpartnerInnen, insbesondere der Gewerkschaften zu befördern,
4. auf eine Gleichstellung von sozialen, ökologischen und wirtschaftspolitischen Indikatoren im Europäischen Semester hinzuwirken,
5. auf die Verbindung der Sozialen Dimension der EU mit der Strategie der Gleichstellung von Frauen und Männern zu drängen,

Dresden, den 19. Oktober 2015



Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

6. eine Verbesserung von Arbeitsbedingungen, Eingliederung von Langzeitarbeitslosen und MigrantInnen zu fordern,
7. europäische Mindeststandards für nationale Systeme der sozialen Mindestsicherung durchzusetzen,
8. den sozialen Dialog durch Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung durch europäische Betriebsräte und Ausweitung der Unternehmensmitbestimmung zu fördern,
9. den Vorschlag zu einem europäischen Investitionspaket zum Abbau von Arbeitslosigkeit und Integration von MigrantInnen substantziell zu unterstützen.

II.

den Landtag ausführlich über die Methoden und Möglichkeiten zur Angleichung der sozialen Standards in der Europäischen Union und zur weiteren Stärkung der Sozialen Dimension sowie deren Ergebnisse zu berichten und dabei vor allem darzustellen:

1. die konkreten Ergebnisse, die die Methode der offenen Koordinierung erbracht hat sowie die Vor- oder Nachteile, die sich aus der Anwendung der Methode der offenen Koordinierung ergeben,
2. den bestehenden Handlungsbedarf hinsichtlich der Angleichung sozialer Standards mit Blick auf Sachsens Nachbarländer Polen und Tschechien,
3. die vorliegenden Erfahrungen in der Abstimmung und Kooperation mit den Nachbarländern Polen und Tschechien bezüglich der Angleichung sozialer Standards, aus denen Schlussfolgerungen zur Behebung von Defiziten in der Angleichung sozialer Standards in der Europäischen Union abgeleitet werden können und die insgesamt Beachtung finden sollten,
4. die in Sachsen darüber hinaus gemachten Erfahrungen zur Stärkung der Sozialen Dimension (und insbesondere auch hinsichtlich der Methode der offenen Koordinierung), die auf der europäischen Ebene eingebracht werden sollten.

B e g r ü n d u n g :

Die Europäische Union befindet sich in einem tiefgreifenden Transformationsprozess. Vor dem Hintergrund der anhaltenden krisenhaften Entwicklungen in der EU und den Folgen der Austeritätspolitik hat sich die übergreifende Überzeugung herausgebildet, dass die europäische Integration nicht auf wirtschaftlichem Gebiet allein gelingen kann, sondern wesentlich einer sozialen Integration bedarf. Mehr noch, die Wiederbelebung der Sozialen Dimension in der EU stellt sich angesichts der auf längere Sicht bestehenden Herausforderungen durch Flüchtlinge, (Binnen-) Migration und Einwanderung als eine unverzichtbare Voraussetzung für das Gelingen europäischer Integration überhaupt dar.

Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung vom April 2015 unter dem Titel „Wie sozial ist die EU?“ (Alexander Schellinger) kommt zu einem ernüchternden Schluss:

„Die soziale Dimension der EU wurde in zwei Stufen grundsätzlich geschwächt: Ende der 1990er Jahre verlor die verbindliche Rechtsetzung durch die unverbindliche Koordinierung nationaler Arbeitsmarktpolitik über die *Offene Methode der Koordinierung* stark an Bedeutung. Im Zuge der Eurokrise wurde diese Koordinierung in wesentlichen Teilen den Wirtschafts- und Finanzministern übertragen. Heute sind Programmatik und Instrumente der sozialen Dimension ausgehöhlt und spielen in der EU-Politik eine Nebenrolle.“

Diese Einschätzung wird in der Substanz weitgehend geteilt und auch die Europäische Kommission hat sich der Entwicklung eines sozialen Europa nunmehr verstärkt verschrieben. Mit entsprechend veränderter Schwerpunktsetzung wirkt die (neue) Europäische Kommission auf eine „Stärkung der EU-Sozialpolitik“ hin (siehe Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 9. Juni 2015).

Auf verschiedenen Ebenen des Systems der europäischen Multi-Level Governance sind vermehrt Initiativen zur spürbaren Förderung eines sozialen Europa zu beobachten – von der Idee des Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker, für die EU einen „Triple-A-Sozialstatus“ zu erreichen und die Schwerpunktsetzung im Programm der seit Juli 2015 amtierenden luxemburgischen Ratspräsidentschaft auf die „Soziale Dimension“ Europas, über die Stärkung des „Sozialen Dialogs“ auf dem am 5. Oktober 2015 stattgefundenen Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO), der auch Schlussfolgerungen für die Unterstützung der „sozialen und solidarischen Wirtschaft“ gezogen hat, bis hin zu Festlegungen zur Stärkung „sozialer Regierungsführung“ („social governance“), die auf dem EPSCO am 7./8. Dezember 2015 verabschiedet werden sollen.

Die überparteiliche Europa-Union Deutschland, die größte Bürgerinitiative für Europa in Deutschland mit etwa 18.000 Mitgliedern, fordert seit Langem u.a. gestützt auf ein 2013 verfasstes Gutachten der "Forschungs-Initiative für Europa", gefertigt für die Europaministerin des Landes Nordrhein-Westfalen (aus dem 2015 das Buch „Ein soziales Europa ist möglich“, Ulrich v. Aleman u.a. (Hrsg.) entstanden ist) eine verstärkte Debatte über das „soziale Europa“ (so Dr. Eva Högl MdB, Vizepräsidentin der EUD¹), die zu einer Belebung und Fortsetzung der Auseinandersetzung zu den Konturen für ein soziales Europa für 2016 führen soll.

Die UnterzeichnerInnen des Aufrufs „Erneuerung Europas: Für eine gemeinsame sozial-ökologische Industriepolitik in Europa“ fordern „eine Verminderung der Einkommens- und Vermögensunterschiede, eine neue Qualität der Regulierung“ und den Abbau bisheriger Ungleichheiten durch öffentliche Investitionen.

Die Bundesrepublik Deutschland und die bundesdeutschen Länder sind u.a. über die „Strategische Sozialberichterstattung 2015“ (siehe BR-Drucksache 140/15) in Verbindung mit dem Nationalen Reformprogramm (NRP) 2015 und dem Verfahren des Europäischen Semesters zeitgleich in die Debatten um eine Reform der Sozialen Dimension und des sozialen Dialogs in der EU eingebunden.

Gerade durch die in Folge des gegenwärtig in der EU zu beobachtenden Migrationsgeschehens entstehenden Herausforderungen eines Strukturwandels, der sowohl die EU-Mitgliedsstaaten wie auch Beitrittskandidaten oder potenzielle Beitrittskandidaten besonders in Süd-Ost-Europa erfasst hat, wird die Notwendigkeit in besonderer Weise sichtbar, die europäische Integration mit einem Mindestmaß an sozialer Gerechtigkeit zu verbinden.

Ohne die aktive Mitwirkung der Regionen und das aktive Einbringen ihrer Erfahrungen wird dieser Transformationsprozess in der EU und darüber hinaus nicht gelingen können. Deshalb steht die Staatsregierung in der unmittelbaren politischen Verantwortung sich entsprechend des Antragsbegehrens der Fraktion DIE LINKE mit den dazu geforderten Maßnahmen und Schritten auf allen Ebenen für die Stärkung der Sozialen Dimension in Sachsen und in der EU einzusetzen.

¹ Siehe <http://www.europa-union.de/eud/news/eud-vizepraesidentin-hoegl-fordert-verstaerkte-debatte-ueber-das-soziale-europa/> und auch Protokoll: Arbeitskreis Soziales Europa am 25.04.2015 auf dem 60. Bundeskongress der Europa-Union Deutschland e.V. in Memmingen http://www.europa-union.de/fileadmin/files_eud/PDF-Dateien_EUD/EUD_Bundeskongress/Buko_2015_Memmingen/BuKo_2015_Bericht_Workshop_Soziales_Europa.pdf.